

Antrag der Sachkommission\* vom 11. Juli 2016

**Verordnung über die Erteilung des Bürgerrechts der Stadt Adliswil (Bürgerrechtsverordnung)**

(vom ...)

*Der Grosse Gemeinderat,*

nach Einsichtnahme in die Anträge des Stadtrats vom 19. April 2016 sowie der Sachkommission vom 11. Juli 2016,

*beschliesst:*

- I. Die Verordnung über die Erteilung des Bürgerrechts der Stadt Adliswil vom 3. Februar 1993 wird wie folgt geändert:

---

\* Die Sachkommission besteht aus folgenden Mitgliedern: Daniel Jud (Präsident), Harry Baldegger, Pascal Engel, Ueli Gräflein, Erwin Lauper, Kannathasan Muthuthamby, Andrea Näf, Mario Senn, Urs Weyermann. Sekretär: Robin Hodel.

<b>Antrag des Stadtrates vom 19. April 2016</b>	<b>Antrag der Sachkommission vom 11. Juli 2016</b>  Zustimmung zum Antrag des Stadtrates, sofern nichts anderes vermerkt	<b>Minderheitsanträge</b>
<b>I. Allgemeine Bestimmungen</b>		
<b>Art. 1 Übergeordnetes Recht</b> Für die Erteilung des Gemeindebürgerrechts und für die Entlassung aus dem Gemeindebürgerrecht der Stadt Adliswil gelten die folgenden Erlasse mit ihren jeweiligen Änderungen: <ul style="list-style-type: none"> <li>a) Bundesgesetz über den Erwerb und Verlust des Schweizer Bürgerrechts (BüG) vom 29. September 1952</li> <li>b) Gesetz über das Gemeindewesen (Gemeindegesetz; GG) vom 6. Juni 1926</li> <li>c) Verordnung über das Gemeinde- und das Kantonsbürgerrecht (Kantonale Bürgerrechtsverordnung) vom 25. Oktober 1978</li> <li>d) Gemeindeordnung der Stadt Adliswil vom 2. März 1997</li> </ul>		
<b>Art. 2 wird aufgehoben</b>		

<p><b>Art. 3      Gebühr</b></p> <p>1 Für Personen mit Schweizer Bürgerrecht sowie Personen mit Anspruch auf Einbürgerung richten sich die Einbürgerungsgebühren der Stadt Adliswil nach den jeweils massgebenden Bestimmungen des kantonalen Rechts.</p> <p>2 Für Personen ohne Anspruch auf Einbürgerung wird für die Stadt Adliswil eine Einbürgerungsgebühr von 1'500 Franken pro Dossier erhoben.</p> <p>3 Es entstehen keine Kosten, wenn die Person das Gesuch auf Empfehlung des Einbürgerungsreferenten des Stadtrates zurückzieht.</p>	<p><b>Art. 3      Gebühr</b></p> <p>2 Für Personen ohne Anspruch auf Einbürgerung wird für die Stadt Adliswil eine Einbürgerungsgebühr von <u>Fr. 1'500</u> pro Dossier erhoben.</p> <p>3 <u>Es werden keine Gebühren erhoben</u>, wenn die Person das Gesuch auf Empfehlung des Einbürgerungsreferenten des Stadtrates zurückzieht.</p>	
<p><b>II.            Einbürgerung von Schweizerinnen und Schweizern</b></p>		
<p><b>Art. 4      Voraussetzungen</b></p> <p>1 Jede Person mit Schweizer Bürgerrecht wird auf Verlangen in das Bürgerrecht der Stadt Adliswil aufgenommen, sofern sie</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a) seit mindestens zwei Jahren tatsächlich in der Stadt Adliswil wohnt,</li> <li>b) sich selbst und ihre Familie zu erhalten vermag,</li> <li>c) genügende Ausweise über ihre bisherigen Heimats- und Familienverhältnisse beibringt,</li> <li>d) die schweizerische Rechtsordnung be-</li> </ul>		

achtet.  2 Ist die gesuchstellende Person bei der Einreichung des Einbürgerungsgesuchs zwischen 16 und 25 Jahre alt, genügen nebst den übrigen Voraussetzungen (Abs. 1 lit. b-d) zwei Jahre Wohnsitz im Kanton.		
<b>Art. 5</b> wird aufgehoben		
<b>Art. 6 Ehrenbürgerrecht</b>  1 Der Grosse Gemeinderat kann Personen mit Schweizer Bürgerrecht, welche sich um die Stadt besonders verdient gemacht haben, das Bürgerrecht ehrenhalber erteilen.  2 unverändert		
<b>III. Einbürgerung von Schweizerinnen und Schweizern</b>		
<b>Art. 7 In der Schweiz geborene Ausländerinnen und Ausländer</b>  In der Schweiz geborene Ausländerinnen und Ausländer müssen integriert sein, im Übrigen werden sie unter Vorbehalt der Erteilung der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung und des Kantonsbürgerrechts im Recht auf Einbürgerung Personen mit Schweizer Bürgerrecht gleichgestellt.		

<p><b>Art. 8 Im Ausland geborene Ausländerinnen und Ausländer</b></p> <p>1 Im Ausland geborene Ausländerinnen und Ausländer im Alter zwischen 16 und 25 Jahren sind gleich zu behandeln wie in der Schweiz geborene Ausländerinnen und Ausländer, sofern sie nachweisen können, dass sie in der Schweiz während mindestens fünf Jahren den Unterricht auf Volksschul- oder Mittelschulstufe in einer der Landessprachen besucht haben.</p> <p>2 Andere Ausländerinnen und Ausländer mit Geburtsort im Ausland können unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der Erteilung der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung in das Bürgerrecht der Stadt Adliswil aufgenommen werden, sofern</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a) sie die Voraussetzungen nach Art. 4 lit. b bis d erfüllen</li> <li>b) sie während den letzten 3 Jahren vor Gesuchstellung keine wirtschaftliche Sozialhilfe bezogen haben</li> <li>c) sie bei der Einreichung des Gesuchs mindestens während der letzten vier Jahre ununterbrochen in der Stadt Adliswil gewohnt haben</li> <li>d) sie den Nachweis erbringen, dass sie sich in die schweizerischen Verhältnisse eingegliedert haben und über die erforderlichen Deutschkenntnisse und über Kenntnisse ihrer Rechte und Pflichten verfügen</li> <li>e) die Eltern von Minderjährigen Gesuchstellern zum Zeitpunkt der Gesuchstel-</li> </ul>	<p><b>Art. 8 Im Ausland geborene Ausländerinnen und Ausländer</b></p> <p>2 Andere Ausländerinnen und Ausländer mit Geburtsort im Ausland können unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der Erteilung der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung in das Bürgerrecht der Stadt Adliswil aufgenommen werden, sofern</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a) sie die Voraussetzungen nach Art. 4 lit. b bis d erfüllen,</li> <li>b) sie während den letzten <u>fünf</u> Jahren vor Gesuchstellung keine wirtschaftliche Sozialhilfe bezogen haben,</li> <li>c) sie bei der Einreichung des Gesuchs mindestens während der letzten vier Jahre ununterbrochen in der Stadt Adliswil gewohnt haben,</li> <li>d) sie den Nachweis erbringen, dass sie sich in die schweizerischen Verhältnisse eingegliedert haben und über die erforderlichen Deutschkenntnisse und über Kenntnisse ihrer Rechte und Pflichten verfügen,</li> <li>e) die Eltern von <u>minder</u>jährigen Gesuchstellern zum Zeitpunkt der Gesuchstel-</li> </ul>	<p><b>Art. 8 Im Ausland geborene Ausländerinnen und Ausländer</b></p> <p><i>Minderheitsantrag von Kannathasan Muthuthamby, Daniel Jud, Ueli Gräflein und Thomas Fässler (in Vertretung von Andrea Näf):</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>b) sie während den letzten <u>drei</u> Jahren vor Gesuchstellung keine wirtschaftliche Sozialhilfe bezogen haben,</li> </ul>
---	---	---

lung ihrer Kinder keine wirtschaftliche Sozialleistungen beziehen und sich wirtschaftlich selbst zu erhalten vermögen	lung ihrer Kinder keine wirtschaftliche Sozialhilfe beziehen und sich wirtschaftlich selbst zu erhalten vermögen.	
<b>IV. Schluss- und Übergangsbestimmungen</b>		
<b>Art. 9 Behandlung hängiger Gesuche</b> 1 Zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung hängige Gesuche werden nach neuem Recht beurteilt.  2 wird aufgehoben		
<b>Art. 10 Inkrafttreten</b>  1 bis 5 unverändert  6 Die mit der Teilrevision vom 19.04.2016 (SRB 2016-103) geänderten Bestimmungen sind mit Beschluss vom XX.XX.XXX vom Grossen Gemeinderat genehmigt worden und treten auf den XX.XX.XXXX in Kraft.	<b>Art. 10 Inkrafttreten</b>  1 bis 5 unverändert  6 Die <u>mit Beschluss des Grossen Gemeinderates vom XX.XX.XXX geänderten Bestimmungen</u> treten auf den XX.XX.XXXX in Kraft.	

- II. Der Stadtrat bestimmt das Inkrafttreten.
- III. Mitteilung von Dispositivziffern I bis II. an den Stadtrat.
- IV. Veröffentlichung von Dispositivziffern I. bis II. im amtlichen Publikationsorgan.
- V. Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.

Adliswil, 11. Juli 2016

Im Namen der Kommission

Der Präsident:  
Daniel Jud

Der Sekretär:  
Robin Hodel

## **Erläuternder Bericht**

### **1. Einleitung**

Mit Beschluss 2016-103 vom 19. April 2016 beantragt der Stadtrat dem Grossen Gemeinderat eine Teilrevision der Verordnung über die Erteilung des Bürgerrechts der Stadt Adliswil (Bürgerrechtsverordnung) vom 3. Februar 1993. Mit der Teilrevision sollen notwendige Anpassungen an das übergeordnete Recht und Änderungen bei den ordentlichen Einbürgerungen von Ausländerinnen und Ausländern ohne Anspruch vorgenommen werden. Gleichzeitig sollen verständliche Formulierungen Klarheit schaffen.

### **2. Vorberatung der Sachkommission**

Die Sachkommission unterstützt die vom Stadtrat vorgeschlagenen Änderungen grundsätzlich. Sie konkretisieren weitestgehend die bisherige Einbürgerungspraxis und schaffen damit Klarheit.

Neben kleineren Anpassungen redaktioneller Art (Art. 3 Abs. 2-3, Art. 8 Abs. 2 lit. e und Art. 10 Abs. 6) beantragt die Sachkommissionsmehrheit eine Erhöhung der Karenzfrist nach dem Bezug von Sozialhilfe auf fünf Jahre (Art. 8 Abs. 2 lit. b). Damit soll die Frist der Frist, die für Betreibungen gilt, angeglichen werden.

Für eine Minderheit der Kommission genügen hingegen die vom Stadtrat vorgeschlagenen drei Jahre Karenzfrist nach Sozialhilfebezug. Aus ihrer Sicht reichen drei Jahre aus, um die wirtschaftliche Erhaltungsfähigkeit von Gesuchstellenden festzustellen.

Nicht weiterverfolgt wurde der Vorschlag, die Einbürgerung nur dann auszuschliessen, wenn der Sozialhilfebezug dauerhaft und in erheblichem Masse erfolgte. Auch wurde darauf verzichtet, die Möglichkeit zu schaffen, die Karenzfrist mit einer Rückzahlung der bezogenen Sozialhilfeleistungen zu verkürzen bzw. aufzuheben.

### **3. Antrag der Sachkommission und Minderheitsanträge**

Die Kommission beantragt dem Grossen Gemeinderat mit 9:0 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten, und die Bürgerrechtsverordnung gemäss ihrem Antrag zu ändern.

Eine Kommissionsminderheit aus Kannathasan Muthuthamby (SP), Daniel Jud (SP), Ueli Gräflin (Grüne) und Thomas Fässler (CVP, in Vertretung von Andrea Näf) beantragt für die Detailberatung, in Art. 8 Abs. 2 lit. b die Karenzfrist nach Sozialhilfebezug auf drei Jahre festzusetzen.